

Bildung

Osnabrück
14.-15.
April 2007

Dies ist der Seminarbericht der Projektgruppe Bildung des Juso-Landesverbandes Niedersachsen.

Die inhaltlichen Ergebnisse des ersten Landeswochenendes 2007 stellen gleichzeitig unsere Anforderungen an das Landeswahlprogramm der SPD für die Themenbereiche Gemeinsame Schule / Sekundarstufe 2 dar.

Weitere Punkte zu den Themenbereichen Ausbildung bzw. Studium folgen mit dem zweiten Wochenende.

Inhalt:

Seminarergebnisse	2
Grundsätzliches	3
Sekundarstufe II	7

Für die Projektgruppe Bildung:
Stefan Hillger, Tiemo Wölken, Gabi Kannenberg



Seminarergebnisse

Zusammenfassung der Seminarergebnisse vom 14./15.04. in Osnabrück

Es wurde diskutiert der Beschluss des SPD_Landesparteitages „Zukunft der Bildung“ (Wolfsburger Beschluss).

Behandelt wurden die Themen:

- frühkindliche Bildung
- Die gemeinsame Schule
- Wege zur gemeinsamen Schule
- die Sek. II
- die Rolle des Staates in der Bildung am Beispiel eines Vergleiches der neuen Rahmenrichtlinien für das Fach Politik-Wirtschaft mit den alten Rahmenrichtlinien für das Fach Politik

Ausgeklammert wurden:

- Berufliche Bildung (soll am zweiten Wochenende Hauptthema sein)
- Studium
- lebenslanges Lernen
- Erwachsenen-/Seniorenbildung

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Diskussion dargestellt.

Grundsätzliches

Die Gemeinsame Schule muss durchgesetzt werden!

Die Jusos stehen voll hinter dem Konzept der Gemeinsamen Schule. Zu diesem gibt es keine Alternative! Alle dreigliederigen Modelle fördern die frühzeitige Selektion. Dies ist auch bei dem zweigliederigen Modell der CDU nicht anders. Gymnasium und Restschule wirkt genauso selektiv wie das jetzige Schulsystem – SchülerInnen werden auch hier völlig grundlos frühzeitig von einem gradlinigen Weg hin zu Abitur und Studium abgeschnitten. Wir bekennen uns zum gemeinsamen Lernen, das auch den guten SchülerInnen Vorteile bringt, da es der Weg weg vom reinen Leistungsdenken hin zu mehr Zusammenarbeit und gemeinsamen Erfolgen ist.

Dieses Konzept muss jedoch nicht nur bereit gehalten, sondern auch nachdrücklich durchgesetzt werden. Die Formulierung des Wolfsburger Programms nach Elternwille und Schülerzahlen zu entscheiden und dann auf das gute Beispiel zu hoffen, das Schule macht, ist in diesem Zusammenhang noch zu zurückhaltend. Ein gutes Konzept wie die gemeinsame Schule muss entschiedener vertreten werden!

Bildung muss kostenlos sein!

Die Gemeinsame Schule ist ein erster Schritt in Richtung Gleichberechtigung aller SchülerInnen. Jedoch beantwortet es nicht die Frage, wie die Kinder armer Eltern die Schulbücher bezahlen sollen oder wie SchülerInnen im ländlichen Raum die Buskarten zur Schule bezahlen sollen.

1. Für die Lehrmittelfreiheit

Durch die Anschaffung der Lehrmittelfreiheit werden die Eltern, deren Kinder (noch) zur Schule gehen, mit ca. 150 € im Jahr mehr belastet. Diese Summe geht vor allem zu Lasten sozial schlechter gestellter und kinderreicher Familien. Eine integrative Bildungspolitik, die die soziale Teilhabe aller Menschen zum Ziel hat, kann dies nicht akzeptieren. Diese Streichung der Landesregierung ist für uns Jusos in Niedersachsen nicht akzeptabel, weil sie Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft benachteiligt.

Die niedersächsische SPD hat während ihrer Regierungspolitik die Lehrmittelfreiheit eingeführt und damit einen kleinen Schritt in Richtung kostenlose Bildung für alle und soziale Teilhabe gewährleistet. Als Opposition hat die SPD Niedersachsen zusammen mit Elternverbänden und Gewerkschaften stets für die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit gekämpft und sie jedes Jahr im Landtag als Forderung eingebracht. Um so mehr wundert es uns Jusos, dass sie jetzt offensichtlich nicht mehr als bedeutend angesehen wird. Eine Partei, die sich selbst als die Bildungspartei in Niedersachsen sieht, kann sowohl aus sozialen als auch politikstrategischen Überlegungen nicht auf die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit verzichten. Dafür wollen wir Jusos Niedersachsen kämpfen!

2. Für eine kostenlose Schülerbeförderung!

Der tägliche Schulweg mit Bus oder Bahn kostet je nach Region und Entfernung zur Schule viel Geld. Dabei müssen die Kosten ab der 11. Klasse von den Eltern übernommen werden. Die Bedingungen der Schülerbeförderung dürfen die Landkreise festlegen. Dazu gehört ab welcher Entfernung die Kinder einen Anspruch auf eine Fahrkarte bekommen. So entsteht eine in ganz Niedersachsen unterschiedliche Beförderungsstruktur und eine ungleiche Belastung der Eltern.

Die Qualität der Schülerbeförderung lässt darüber hinaus oft zu wünschen übrig. Schülerinnen und Schüler werden nicht selten in vollkommen überfüllten Bussen transportiert. Dieser Zustand ist für uns nicht hinnehmbar.

Außerdem erkennen wir Jusos in der Tatsache, dass Beförderungskosten nur bis zu 10. Klasse übernommen werden, einen weiteren Selektionsmechanismus. Viele Eltern in ländlichen Gebieten werden nämlich stark überlegen, ob sie ihr Kind auf eine weiterführende Schule schicken und die hohen Kosten für die Schülerbeförderung übernehmen oder ob sie ihre Kinder dazu anhalten werden, eine Ausbildung zu beginnen. Dafür spricht auch, dass HS und RS für Menschen aus dem ländlichen Raum eher zu erreichen sind und viele Eltern einen enorm langen Schulweg für ihre Kinder nicht hinnehmen wollen.

Wir Jusos fordern daher die Übernahme der Kosten für die Schülerbeförderung bis zum Abitur!

Gemeinsame Schule heißt gemeinsam bestimmen!

Zentrales Anliegen in diesem Zusammenhang kann nur sein, Demokratie in die Schulen zu tragen. Dies bedeutet Drittelparität in der Gesamtkonferenz, sowie demokratisches Abstimmen, wenn es um die Projekte geht, die Schülerinnen und Schüler machen sollen, bzw. weitgehende Mitbestimmung bei der Freizeitgestaltung, die nach dem Wolfsburger Beschluss des LPT für viele SchülerInnen Teil der Schule bzw. der Schulorganisation wird.

Einzig und allein durch diese Mitbestimmungsmechanismen – über die im Wolfsburger Beschluss geschwiegen wird – kann eine gemeinsame Schule ein Erfolgsmodell sein, dass dem passiven „beschulen“ und eintrichtern entgegentritt und dazu beiträgt, ein Teil des Lebens von Schülern, Eltern und Lehrern zu werden, mit dem sich die Beteiligten identifizieren. Die SchülerInnen lernen so selbstbestimmt und werden durch ihre positive Erfahrung der eigenen Gestaltungskraft – Lerninhalte und Freizeitgestaltung sind nicht mehr fremdbestimmt, sondern selbst gewählt – eine ganz andere Motivation haben, ihre Projekte gemeinsam zum Erfolg zu bringen.

Des Weiteren ist diese positive Erfahrung von Demokratie elementar für die Resistenz von Heranwachsenden gegen bspw. rechtsextreme Gruppen, die versuchen, die u.a. durch „unfaire“ Schulstrukturen frustrierte Jugendliche („Schulversager“) für sich zu gewinnen.

Dies kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn es eine echte Mitbestimmung mit gleichberechtigter Beteiligung der Schüler gibt. Deshalb: für eine Abschaffung der von der CDU eingeführten undemokratischen Kompetenzen des Schuldirektors! Für die Drittelparität!

Sekundarstufe II

Schule und Universität

1. Zusammenarbeit JA, aber keine Benachteiligung des ländlichen Raums!

Die geplante Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen in Projekten (z.B. Laborarbeit bei den Naturwissenschaften) wird begrüßt. Hier stellt sich jedoch das Problem, dass im ländlichen Raum geeignete Kooperationspartner fehlen dürften bzw. die Auswahl stark eingeschränkt ist. Einer Benachteiligung der SchülerInnen im ländlichen Raum im Gegensatz zu SchülerInnen in einer Universitätsstadt und einer damit einhergehenden Selektion nach Wohnort muss entgegen gewirkt werden!

2. Keine Scheine / kein ECTS!

Schule und Universität sollen insofern getrennt sein, als dass keine individuellen Uni-Scheine / Leistungsnachweise für den Bachelor in der Sek.II erworben werden können sollen. – In diesem Zusammenhang wird auch das ECTS-Modell (Verteilung von Noten nach Prozentanteilen) abgelehnt. Es wird kein Sinn darin gesehen, dieses auf die Schule zu übertragen.

Lernorganisation

1. Gegen die Profiloberstufe!

Die Profiloberstufe wird abgelehnt, da diese dem im Programm viel beschworenen Geist der gemeinsamen Schule und somit dem Gesamtkonzept widerspricht: dieses will Individualität fördern und auf die Bedürfnisse der einzelnen SchülerInnen eingehen und nicht die Wahl der SchülerInnen in vorgefertigte Muster pressen und somit einschränken. Die SchülerInnen sind alt genug, eine für sie sinnvolle Kombination zusammenzustellen und ihr Lernen eigenverantwortlich zu koordinieren.

2. Abschaffung des Zentralabiturs!

Das Zentralabitur muss abgeschafft werden! Individuelles fördern und projektorientierter Unterricht wird durch das Zentralabitur unmöglich gemacht, da schematisch Themenkomplexe abgehandelt werden müssen, um die SchülerInnen in der Prüfung nicht zu benachteiligen. Den Lehrern wird dabei die Gestaltungsfreiheit ihres Unterrichts faktisch genommen. Es bleibt keine Zeit für Exkursionen oder Projektarbeit, da jede Stunde, die in ein fächerübergreifendes Projekt investiert wird, den SchülerInnen fehlt, wenn es im Abitur um die Abfrage eines Standardkatalogs vorgeschriebener Inhalte geht.

3. 2-4 Jahre Oberstufe !?

Unklar blieb während der Diskussion, wie die Oberstufe in 2-4 Jahren denn organisiert werden soll. Diese Frage stellt sich vor allem in Bezug auf das Zentralabitur. Dieses setzt voraus, dass alle SchülerInnen dasselbe gelernt haben. Dies ist bei 2, 3 oder 4 Jahren Vorlaufzeit nicht ohne große Restriktionen des Lehrplans zu organisieren, da andernfalls alle SchülerInnen unterschiedliche Inhalte gelernt haben. Hier drohen die „4-jährigen“ hinten runter zu fallen, da das Abitur wohl im Mainstream auf 2 Jahre ausgelegt sein wird. Sinnvoller wäre an dieser Stelle die individuelle Förderung der SchülerInnen, wie sie an anderen Stellen im Bildungsprogramm auftaucht. Wenn wirkliche Flexibilität erreicht werden soll, so ist das nur durch die Abschaffung des Zentralabiturs möglich!